

Ersteint vo. läufig
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Vollsbblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr ; für Aus-
wärtige portofrei
12 $\frac{1}{2}$ Sgr

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren:
für die Zeile 1 Silberggr

N^o 83.

Paderborn, 12. Juli

1849.

Uebersicht.

Circular-Note.

Deutschland. Berlin (Vervollkommnung der Telegraphen-Einrich-
tungen); Frankfurt (der Reichsverweser); Dresden (Bakunin's
Papier aufgefunden); Wien (Entwurf eines Gebietseinteilung
für Ungarn.)

Schleswig-Holstein. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.)

Die Feindseligkeiten in Baden.

Der Ungarische Krieg.

Italien. (Belagerung von Rom.)

Vermischtes.

Berlin, 8. Juli.

Circularnote an sämtliche Herren Regierungs- Präsidenten.

Der §. 28. der Wahlordnung vom 30. Mai d. J. hat
mich ermächtigt, den Tag der Wahl der Abgeordneten fest-
zusetzen.

Ich be-stimme als solchen den 27. Juli d. J.

Dieser Termin ist durch die Amtsblätter und außerdem je-
dem Wahlkommissarius bekannt zu machen, auch dafür zu sorgen,
daß die formellen Bestimmungen der Wahlordnung überall
gleichmäßig zur Anwendung kommen.

Hierdurch ist aber Gw. zc. Aufgabe und die Aufgabe der
Ihnen nachgeordneten Behörden nicht erschöpft, es liegt Ihnen
ob, den Inhalt der Verordnung über die Ausführung der Wahl
gegen Mißdeutungen und das Ergebnis der Wahl gegen un-
gesetzliche Einwirkungen der Partei in Schutz zu nehmen,
welche an die von ihr gewünschte Mangelhaftigkeit der Wahl
oder an deren erstrebte Vereitelung ihre letzte Hoffnung zu
knüpfen scheint. So entschieden eine amtliche Einwirkung auf
den Ausfall der Wahlen zu mißbilligen wäre, so gewiß liegt
es in dem Verufe der Behörden, jeder falschen Auffassung der
Wahlordnung, jeder Verächtlichmachung ihrer Zwecke und Beweg-
gründe — durch Belehrung und Verständigung — der ver-
suchten Einschüchterung der Wähler aber durch alle gesetzlichen
Mittel entgegenzutreten. Diejenigen, welche überhaupt Ord-
nung und Gesez aufrecht zu erhalten haben, sind namentlich
dafür verantwortlich, daß von dem entscheidungsvollen Wahlact
jeder störende Einfluß fern und dem Willen der Wähler die
volle Freiheit bleibe.

In dieser Hinsicht empfehle ich besonders die strenge Aus-
führung des §. 22 a. a. D., welcher in den Wahlversammlun-
gen jede Diskussion untersagt und Beschlusnahmen nicht ge-
stattet. Der Wahltermin ist einzig und allein zur Stimmab-
gabe bestimmt, und es muß von denjenigen, welche in ihm er-
scheinen, vorausgesetzt werden, daß sie zu diesem Zwecke erschei-
nen. Sollten daher einzelne Wähler, statt zu wählen, in all-
gemeinen Protesten sich ergehen, so würden sie dadurch die Re-
geln des Wahlactes verletzen und als solche, die Unordnung in
die Wahlhandlung zu bringen beabsichtigen, denjenigen Maßre-
geln zu unterwerfen sein, welche der Wahlvorsteher zur ord-
nungsmäßigen Behandlung des Wahlgeschäfts für erforderlich
erachtet. Desgleichen müssen da, wo gewaltige Störungen der
Wahlen zu besorgen sein möchten, Mittel, ihnen mit Erfolg zu
begegnen und dem Geseze Geltung zu verschaffen, und erforder-
lichen Falles mit Nachdruck angewendet werden.

Die Regierung Sr. Majestät des Königs i. sich bewußt,
frei von allen dem Geiste der Verfassungsurkunde widerstrebenden
Tendenzen einen Wahlmodus verändert zu haben, der den
Ausfall der Wahl zu einer Unwahrheit machte, weil er die Ma-

nigfaltigkeit der Lebensverhältnisse, die vielgetheilte Ungleichheit
der Bildung und des Besitzes ignorirte, diese Grundlagen des
Volkslebens und seiner naturgemäßen Entwicklung, dem Zufall
der Kopfszahl und den daran sich knüpfenden unberechtigten Ein-
wirkungen unterordnete. Jener Wahlmodus, hervorgegangen
aus einer mächtig aufgeregten Zeit staatlicher Erschütterung,
hat dem Lande zweimal eine parlamentarische Wirksamkeit vor-
geführt, die nach dem Zeugniß ihrer Erfolge keine Kraft zum
Schaffen, aber eine so große Gewalt im Verneinen besaß, daß
jetzt die urtheilsfähige Mehrheit über die Unmöglichkeit einig
ist, auf diesem Wege zur Ruhe und Wohlfahrt des Landes zu
gelangen. Jemehr aber eine solche Volksvertretung zur inner-
lichen Aufreihung und Zerrüttung zu führen drohte, desto mehr
wandelte sich der gesunde Sinn des Volkes von der früheren
Erregtheit zur Besonnenheit und zur ruhigen Erwägung.

Es bildete sich ein unverkennbarer Umschwung in der öffent-
lichen Meinung welcher vor Allem die Mäßigung, wechselseitiger
Gegensätze verlangte. Dieses Ziel war nicht zu erreichen, ohne
Aenderung des Wahlmodus, und wenn die Regierung diese
Aenderung, unter strenger Festhaltung des Wahlrechts für Alle,
denen es einmal gewährt war, bewirkt hat, so hat sie einer ge-
bieterischen Forderung der Zeit entsprochen. Weit entfernt,
den constitutionellen Standpunkt zu verleugnen, glaubt sie da-
durch den Grund zu einer Volksvertretung gelegt zu haben,
die nicht bloß die auflösenden, sondern auch die erhaltenden
und bildenden Kräfte im Leben des Staates zur Geltung bring-
en wird. Diese Hoffnung aber und der Zweck der Verord-
nung würde vereitelt werden, wenn man gestatten wolle, daß
die Wahlen unter dem Errorismus einer aufgeregten Menge
vorgenommen und dabei gesetzliche Bestimmungen verletzt wür-
den. Die Behörden werden daher in dieser Beziehung, wie
volle Unparteilichkeit, so auch allen Ernst und Nachdruck zur
Anwendung zu bringen haben.

Es ist kaum zu besorgen, daß diese Gesichtspunkte, so fern
sie nur bestimmt und deutlich hingestellt werden, in Ihrem Ver-
waltungs-Bezirk mißkannt werden möchten.

Die Geschichte hat inmitten des Sturmes politischer Leiden-
schaften nicht still gestanden, sondern ist ihren großen Gang ru-
hig fortgegangen; durch sehr traurige Thatfachen hat sie auch
den Zweifeln belehrt, daß der Aufruhr und die methodische
Bekämpfung einer starken, ordnungsliebenden Regierungsgewalt,
mit welchen scheinbaren Vorwänden man sie auch beschönigen
möge, nothwendig zum Verderben führen. Die Entscheidung
über die Lebensfähigkeit gewisser extremer Richtungen ist gefällt
und über die Zwecke ihrer Träger und Vertreter waltet kein
Zweifel mehr ob, seit sie einen blutigen Krieg in Deutschland
entzündet, Fremdlinge als Führer an die Spitze ihrer Streiter
gestellt und das Ausland zu Hülfen gerufen haben. Dieses
schmachvolle Verfahren hat wenigstens das Gute gewirkt, daß
ein verblenderer Theil des deutschen und preussischen Volkes
aus den Fesseln schwerer Irrthümer befreit und auch bei den
Schwankenden das Bewußtsein gegründet ist, daß jetzt alle ed-
len Männer, alle Freunde des Vaterlandes sich die Hand rei-
chen und um die Grundsteine der Einheit und Ordnung schaa-
ren müssen. Wir Preußen dürfen mit gerechtem Stolze auf
eine große Aufgabe hinflicken. Während unser Heer dazu be-
rufen scheint, in den deutschen Gauen die Volkwerke der
Schreckensherrschaft niederzuwerfen, ist es uns beschieden, die
ersten Schritte zur Verwirklichung eines einheitlichen Deutsch-
lands zu thun. Wir werden uns dieses Berufes würdig zeigen,
wenn wir in Einigkeit und Treue zunächst an den inneren Aus-
bau unseres engen Vaterlandes, an die Befestigung derjenigen
Autorität des Gesezes und der vollziehenden Macht, ohne welche